

Ulks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Fluss: Fließende 14, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 60, Oranien-
burger Str. 21, Prenzlauer Allee 24, Schillingpark 4, Schulze-Str. 17,
Heller Str. 10, Köpenicker Str. 46, Rixdorfer Str. 2, Pannwitz
Strasse 2, Lützow Str. 10, Hirschstr. 10, Charlottenburg, Tautmannstr. 1,
Königs-Platz, Charlottenburg, Preussens-Platz, Hansens-Graben 10,
Königsplatz, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 100, Lichtenberg-
Königsplatz, Köpenicker Strasse 40, Pankow, Bornholmer Strasse 11,
Schöneberg, Hauptstrasse 20-24, Martin-Luther-Strasse 2, Hauptstr. 10,
Königsplatz, Hauptstrasse 20-24, Hauptstr. 10, Hauptstr. 10,
Wilmersdorf, Hauptstrasse 20-24, Hauptstr. 10, Hauptstr. 10,
Regierungstr. 10, Potsdam, Hauptstr. 10, Hauptstr. 10, Hauptstr. 10,
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Ercheinft täglich zweimal, Sonntage nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementpreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen
Brandenburg, Sachsen, Pommern, Lubusl. 20 Pf. wochentlich, auswärts 22
monatlich, frei in USA, vereinfacht, M. 2.50, Abonnementpreis für aus-
wärts bei Bezug durch die Post monatlich 30 Pf. wochentlich, auswärts
M. 2.70. Inseratpreise für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote
und Gesuche 40 Pf., kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes
gedruckte Wort kostet 10 Pf. - Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10181-10182.
S.W. Jersalomer Strasse 46-48. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10181-10182.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin S.W.

Hierzu die Wochen-Beilage
„ULK“ No. 30.

Liberalismus und Sozialismus.

Von
Dr. C. F. Witte-Rothd.

Die Stellung des Liberalismus zum Sozialismus ist wieder einmal in den Vordergrund politischer Betrachtung getreten, seitdem bei den letzten Reichstagswahlen die Sozialistische Volkspartei wenigstens in der Stichwahl für die Sozialdemokratie eintrat. Von gegnerischer Seite wird nach wie vor den aufrechtliberalen Vorgeordneten, daß sie eigentlich nichts Besseres wüßten, als der Sozialdemokratie nachzulassen, mit ihr Arm in Arm zu marchieren, und daß infolgedessen das Wichtigste für den deutschen Liberalismus wäre, er vertritt die baldmöglichst mit der äußersten Linken zu einer einheitlichen Partei.

Diese Vorwürfe sind nicht neu. Ich behaupte nun, es gibt keinen gefährlicheren Gegner des sozialdemokratischen Programms als den aufrechten Liberalismus und vor allem die Sozialdemokratie. Nur dieser Liberalismus, nur die demokratische Weltanschauung ist mit der Zeit imstande, die gewaltig wachsende, in ihren Folgen einflussreiche Bewegung, die man Sozialismus nennt, in ein ruhiges, dem modernen Staatsgedanken nützlich entwicklungsstadium zu leiten. Bei den letzten Reichstagswahlen sind mehr als vier Millionen Stimmen für die äußerste Linke abgegeben worden, mehr als ein Drittel sämtlicher Wählerstimmen. Sind diese vier Millionen Staatsbürger lauter überzeugte Anhänger des sozialdemokratischen Programms? Sind sie mit den grundlegenden Lehren eines Engels und Marx, eines Engels und Bebel zu betrachten, daß sie wissen, um welche Probleme es sich bei der Umwälzung der heutigen Gesellschaft handelt, der Neuordnung vieler Dinge und was sonst in sozialdemokratisches Programm aufgestellt ist, handelt?

Auf diese Frage kann nur mit einem runden Nein geantwortet werden. Von jenen Millionen Wählern haben wohl sozialdemokratischen Programm, von dem Staat, den die Gründer verlangen, nur ganz außerordentlich wenige eine genaue, sei es wissenschaftliche, sei es praktische Vorstellung. Das Gros der Wähler besteht aus solchen, die mit den in Deutschland herrschenden Zuständen nicht einverstanden sind, aus solchen, die ihrer berechtigten Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in Staat, Gemeinde und Gesellschaft mit einem sozialistischen Schreie Ausdruck geben.

Kein einfichtiger Liberaler wird bestreiten, daß die radikale Unzufriedenheit mit dem, was in Deutschland vorgeht, sehr erklärlich ist. Durch Aufrechterhaltung von unzähligen Privilegien, durch Dreifachwahlrecht, durch ungleiche Besteuerung, durch die Schichtung der Menschen in Adle und Ueble, Freie und Unfreie, durch verkehrte Gesetze und Kompromisse aller Art erzieht man den Menschen nicht zu einem freien, dem Vaterlande ergebenden Staatsbürger. Gegenüber dem Wort von der vaterländischen Partei, deren Anhänger nichts Besseres zu können, als den Staat des Heimatlandes vor sich zu schützen und draußen ein neues Arbeitsgebiet zu suchen, muß man sagen: Was für ein jammervolles Vaterland müßte unser Deutschland sein, welche Unlücke von Schuld müßten die Regierungen wie die herrschenden Parteien auf sich laden, um vier Millionen Bürgern oder nach Familien gerechnet zwölf bis fünfzehn Millionen Menschen den Aufenthalt in eigenen Lande unmöglich zu machen! Es gibt weder bei uns, noch irgendwo draußen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, eine internationale, vaterländische Partei. Jeder, er sei Deutsch, Franzose, Engländer, Cehereicher, handelt mit seinem ganzen Herzen, mit allen Kräften seines Willens an der Heimat, voran zu gehen, daß ihm das Leben in der Heimat, die Liebe zum Lande nicht in verwerflicher Weise verbittert wird.

Der Liberalismus unterscheidet sich vom Sozialismus in wesentlichen Punkten. Er steht in Deutschland auf dem Boden des konstitutionellen Prinzips. Er arbeitet auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Er ist der Meinung, daß alles, was in freierwilliger Beziehung noch steht, erreicht werden kann ohne grundsätzliche Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Der Liberalismus verweist jeden einseitigen Klassenstandpunkt. Keine Konfession darf einen Vorzug genießen. Es gibt für die politische Betätigung in Staat, Gemeinde und Gesellschaft keine Hebertreuerungen. Wer sich als Gewährer der Nation betätigen will, tut es auf Grund seiner Kenntnisse, seiner Arbeit, seines Pflichtgefühls. Der Weg muß für jedermann frei und gleich sein. Der Liberalismus tritt ein für Freiheit und Gerechtigkeit auf politischen, wirtschaftlichen und geistigen Gebieten, zum Nutzen der Länder und Völker. Konfessionen und ultramonarchistische Politik schafft Unzufriedenheit im Volke. Unfreiheit, Ungleichheit, Aufrechterhaltung von Privilegien, nackte Interessenpolitik, einseitige Beförderung und Bevorzugung der egoistischen rücksichtsloser jüdischer Elemente sind die Hauptgründe für das Wachstum der Sozialdemokratie. So wenig ich verneine, daß Liberalismus und Sozialismus an sich viel zu betreiben haben, so sehr steht andererseits, daß der größte Teil der Schuld den Rechtspartheien auf das Konto zu stellen geschrieben werden muß. In der Aufgabegabe muß jene, zufriedene Staatsbürger in einem konstitutionell registrierten Lande zu

Kurze Chronik.

• Durch ein kaiserliches Patent ist die Autonomie in Böhmen aufgehoben worden.

• Die Serben haben die Stellung in Bin an der Donau eingeschlossen.

Die albanische Korrespondenz meldet aus Giovanni di Medua: Unter Teilnahme von Vertretern der internationalen Kommission in Zuzar wurden in Giovanni di Medua und Alessio, nach der jetzt erfolgten Klärung der Krise durch die Montenegro, förmlich autonome albanische Behörden eingesetzt.

• Näheres im Text des Blattes.

schaffen. Wir wollen nicht die Ausübung der Monarchie durch bevorrückte Kräfte. Weil aber keine siegreichere Waffe gegeben werden kann als der auf dem gleichen Wahrecht beruhende Stimmgott, darum können und müssen, trotz grundsätzlicher Programmen, Liberalismus und Sozialismus auf dieselbe Plattform treten, um einmal erst Konserveratismus und Zentrum, das heißt, den Rückschritt auf geläufige, wirtschaftlich und politischem Gebiete niederzuringen.

Es ist grundbedauerlich, wenn heute von liberaler und sozialdemokratischer Seite das Trennende hervorgehoben, jedes tödliche Wort, das einmal gesprochen oder gebraucht worden ist, auf die Waagschale gelegt wird. Es handelt sich nicht um Kleinigkeiten. Gerade die letzten Reichstagswahlen zeigen mit mathematischer Deutlichkeit, daß gemeinsam alles erreicht werden kann, wenn man nur will. Man braucht nur einen Willen auf das politische Emporblühen der umgebenden parlamentarisch registrierten Länder zu werfen, und man weiß, wie bei uns verfahren werden muß. Das Trennende zweier Weltanschauungen braucht deswegen keineswegs vergessen zu werden. Die Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Sozialismus bleibt der Zukunft vorbehalten, sobald nur erst der Konserveratismus aus den Regierungen entfernt ist. Diese Auseinandersetzung wird ohne Schwierigkeiten vor sich gehen, sobald Liberalismus und Sozialismus gewöhnt sind, in gemeinsamen, praktischer, politischer Arbeit zusammen zu wirken. Die Auseinandersetzung schafft Verantwortlichkeitsgefühl. Ein Programm, ein Statut, ein Paragraf sagen an sich herzlich wenig. Grundbedingung ist das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit. Die wahre Freiheit ist niemals durch ein Programm festgelegt worden. Wenn ihre nicht führt, ihr werdet's nicht erlangen. Nur seine Furcht vor der Zukunft.

In der Sozialdemokratie befinden sich viele, dem Liberalismus einflusslos verloren gegangen, auf demokratische Elemente. Darum heißt die Lösung für den Liberalismus: Praktische Arbeit und Veröhnung mit den Arbeitern. Nebenbei, wo es sich um die Aufgabe eines Stimmgottes handelt, muß entweder für den Liberalismus oder für den Sozialismus gestimmt werden. Unter keinen Umständen auch nur eine einzige Stimme für Konserveratismus und Zentrum! Damit ist vieles, beinahe alles erreicht. Was dann später zu sagen oder zu tun sein wird, das wird sich mit etwas gutem Willen, jedenfalls mit klarem Verstande, erledigen lassen.

Die Aufhebung der Autonomie in Böhmen.

(Telegraphische Berichte)

Wien, 26. Juli.

Das Amtsblatt veröffentlicht ein kaiserliches Patent, durch das die Aufhebung des böhmischen Landtags verhängt und die Regierung damit beauftragt wird, im geeigneten Zeitpunkt Neuwahlen vorzunehmen.

Ein weiteres kaiserliches Patent setzt eine aus Beamten bestehende Landesverwaltungs-Kommission ein, zu deren Präsidenten das bisherige Mitglied des böhmischen Landesauschusses und Vizepräsident des Reichsrates Graf Schönborn ernannt wird. In demselben Patent wird die Erhebung gewisser Landesverwaltungs- und die Einführung einer Biersteuer, als Mittel für die Fortführung des Landesausbaus verhängt. In einem Communiqué des Amtsblattes werden die Verhältnisse eingehend geschildert, durch die die Regierung zu den erwähnten provisorischen Maßnahmen genötigt wurde, und betont, daß mehr denn je für die Regierung und für die Parteien des Landes ein gesetzter, nationaler Ausgleich der Kräfte und das Ziel ihres Handelns sein müsse. Auf dieses Ziel weist mit feierlichen Worten das kaiserliche Hand schreiben hin, das ein neues solches Unterpfand dafür biete, daß die Bemühungen für den nationalen Frieden in Böhmen mit dem größten Nachdruck aufgenommen werden.

Das kaiserliche Hand schreiben.

Wien, 26. Juli.

Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Hand schreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Stürgg,

in dem der Kaiser in landesväterlicher Fürsorge für das Königreich Böhmen, dessen autonome Verwaltung nunmehr zum völligen Stillstand gekommen ist, kraft seiner Regentenpflicht Anordnungen getroffen hat, die die Fortführung dieser Verwaltung in die Hände von Persönlichkeiten seiner Wahl legen und durch Erziehung einzelner zur Zerkleinerung des kaiserlichen Willens bestimmten Einnahmquellen ermöglichen sollen. Es ist der Wunsch des Kaisers, daß an die Stelle der durch den Ernst des Augenblicks notwendig gewordenen Einrichtungen baldig eine neuerliche geordnete Wirklichkeit der verfassungsmäßigen Organe der Landesautonomie treten könnte, welche die natürliche Voraussetzung ein vertrauensvolles Zusammenwirken der beiden das Land betreffenden Volksstämme bildet. Der Kaiser bittet daher die Mitglieder der Regierung, in Fortsetzung ihrer pflichtgemäßen Bemühungen die Sicherstellung solcher Grundlagen anzubahnen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dem Werke, dessen Gelingen ihm am Herzen liegt, ein fester Rückhalt in der gerechten Meinung beider Volksstämme und damit die Gewähr eines gesicherten Landes und nachhaltigen Erfolges beschieden sein werde.

Eisenbahnkatastrophe auf Jütland.

Der Expreszug Kopenhagen - Esbjerg entgleist. — Sechzehn Personen getötet, über hundert verletzt.

(Privat-Telegramme)

Kopenhagen, 26. Juli, 9 Uhr abends.

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe, wie sie sich kaum je in Dänemark zugetragen hat, ereignete sich heute nachmittag um 3/4 Uhr auf Jütland. Der Expreszug, der um 8 Uhr morgens von Kopenhagen über Fredericia auf Jütland nach Esbjerg fährt, um von dort den Anschluss an den Dampfer nach Kopenhagen in England zu erreichen, entgleiste bei der Station Sæum zwischen Fredericia und Esbjerg.

Der Zug, der aus zwei Lokomotiven und acht Waggons bestand, entgleiste wahrscheinlich infolge Lockerung einer Schienenstange. Die erste Lokomotive rückte die Waggons hinunter, die zweite Lokomotive entgleiste, die folgenden sieben Wagen rückten gleichfalls die Waggons hinab, und nur der letzte Wagen blieb auf der Waggons liegen. Der Lokomotivführer und der Führer der ersten Lokomotive konnten sich noch im letzten Augenblick durch Abpringen retten. Durch den Sturz des Zuges wurden sämtliche Lokomotiven und Waggons zertrümmert und zerstört. Soweit bisher bekannt ist, wurden unter den Trümmern sechzehn Leichen hervorgezogen, die suchbar verfaulicht sind. Weit über hundert Personen sind verletzt.

Man befürchtet, daß die Zahl der Toten noch größer ist, doch war bisher, da die Verbindung mit Sæum wegen der zerstörten Leitungen außerordentlich erschwert ist, genaues nicht zu erfahren. Von Esbjerg und Fredericia ging ein Hilfeszug mit Ingenieuren, Ärzten und Verbandmaterial an die Unglücksstätte ab.

Kopenhagen, 26. Juli, 10 Uhr abends.

Die Katastrophe ereignete sich ungefähr fünf Kilometer vor Esbjerg bei der Station Sæum. Nach Ansicht der Bahnverwaltung liegt die Ursache in einer Schienenverwerfung, die durch die enorme Hitze der letzten Tage hervorgerufen worden ist. Nach dem Abend hier eingetroffenen Nachrichten sind bisher nur zwei Tote identifiziert, und zwar der sozialistische Abgeordnete Sabroe und Frau Professor Vauhl aus Kopenhagen. Der Zug war mit von Schwedischen und englischen Reisenden besetzt, die die Linie Kopenhagen-Esbjerg zur Fahrt nach England benutzten. In Esbjerg liegt ein Dampfer, der die Passagiere des Zuges nach Kopenhagen in England bringen sollte. Das Schiff hat erst gestern seine Probefahrt beendet und sollte heute nachmittag die erste Ausreise antreten. Die sechzehn getöteten Passagiere des verunglückten Zuges wurden nach der Station Bramminge gebracht, während die Verletzten nach Esbjerg geschafft wurden, wo ihnen die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. Sämtliche Waggons des Zuges sind zertrümmert mit Ausnahme des letzten Waggons, der auf dem Bahndamm stehen geblieben ist. Der Zug, der nur Wagen erster und zweiter Klasse führte, hatte Sonderform um 3 1/2 Uhr verlassen und sollte um 4 Uhr 22 Minuten in Esbjerg eintriften.

Kopenhagen, 26. Juli, 11 Uhr abends.

Die Eisenbahnkatastrophe auf Jütland hat auch einige Reichsdeutsche, darunter einen Berliner, zum Opfer gefordert. Die Zahl der abgetöteten Toten beträgt sieben, die der Schwerverwundenen scheint glücklicherweise geringer zu sein, als bisher angenommen wurde. Im ganzen wurden dreizehn Schwerverletzte aus den Trümmern des abgebrannten Zuges hervorgezogen. Unter den Toten sind folgende Deutsche:
1. Arthur Wehner aus Berlin,
2. Oprensjäger Barré aus Düsseldorf,